

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE beschäftigt sich mit Altern und Abhängigkeit.....	2
COFACE nimmt an Kommissionsworkshop zu Schulabbruch teil.....	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen.....	2
Kennzahlen der Europa 2020-Bildungsziele zeigen Fortschritte in der EU	2
Kindesunterhalt: EU-Parlament stimmt für Haager Übereinkommen.....	3
Kommission will Anerkennung öffentlicher Urkunden in der EU erleichtern	3
Strategiebericht der EU-Kommission: EU-Fonds tragen zur Bewältigung der Krise bei	3
EU-Spitze will Sparpolitik auf Prüfstand stellen und Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	3
Europäisches Parlament fordert Bericht zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen	4
Weitere Nachrichten	5
Jugendkonferenz im Europäischen Parlament berät über Zukunft Europas.....	5
AGE Europe und WHO – mit vereinten Kräften für ein gesundes Altern in Europa	5
Ein Jahr Europäische Bürgerinitiative	5
UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes zum Recht auf Gesundheit	5
Berichte und Studien.....	6
Europäische Tagung zur Kommissionsempfehlung „Investitionen in Kinder“	6
Bericht der EU-Kommission: Mitgliedstaaten reagieren unzureichend auf Menschenhandel	6
EU-Studie: Kinder mit Migrationshintergrund brauchen gezielte Förderung.....	6
Arbeitsbeziehungen in Europa: Sozialer Dialog unter Druck.....	6
Peer Review: Raumpolitik für Kinder und Jugendliche.....	7
Krise setzt europäische Bildungshaushalte unter Druck.....	7
„She Figures“: Frauen in der Wissenschaft unterrepräsentiert.....	7
Eurochild-Bericht über den Beitrag von Großeltern zur Familienarbeit.....	7
Eurofound veröffentlicht Dossier zur Generationensolidarität	7
Studien aus dem Frauenausschuss des Europäischen Parlaments	8
Aktive Vaterschaft in Europa.....	8
OECD-Bericht für bessere Lernbedingungen	8
Ärzte der Welt: Die Krise in Europa macht krank.....	8
Peer Review: Sozialwirtschaft liefert innovative Antworten auf Gegenwartsprobleme.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE beschäftigt sich mit Altern und Abhängigkeit

Durch den demografischen Wandel wird die Pflege älterer Familienmitglieder für immer mehr Familien aktuell. Die COFACE sieht es als politische Aufgabe, sich mit den Herausforderungen zu beschäftigen, vor denen pflegende Angehörige stehen. Dies gilt insbesondere, da viele von ihnen selbst schon älter sind oder die Pflege mit dem Beruf und/oder anderen Familienpflichten vereinbaren müssen. Welche Bedürfnisse haben pflegende Angehörige? Wie können negative Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit der Pflegenden vermieden werden? Wie können sie in ihrer Aufgabe besser durch öffentliche Dienstleistungen unterstützt werden? Welche Akteure auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene können dafür in die Verantwortung genommen werden – insbesondere in Zeiten von Sparpolitiken und Budgetkürzungen? Mitglieder der COFACE Arbeitsgruppe Disability haben diese Fragen Ende März auf einem Workshop in Bologna diskutiert. Die daraus hervorgegangene Resolution fordert eine höhere Wertschätzung für die Rolle der so genannten Family Carers. In diesem Zusammenhang begrüßt die COFACE eine Initiative Belgiens im Ministerrat, die am 22. März auf den Weg gebracht wurde. Der Gesetzesentwurf definiert erstmals, was unter dem Begriff Family Carer zu verstehen ist, und soll die Anerkennung der Leistungen pflegender Angehöriger verbessern.

- [Zu den COFACE Meldungen vom 30. April 2013 \(englisch\)](#)

COFACE nimmt an Kommissionsworkshop zu Schulabbruch teil

Die Arbeitsgruppe Early School Leavers der Europäischen Kommission veranstaltete vom 17. bis 19. April einen Workshop zum Thema Schulabbrecher/innen in Europa. Die COFACE nutzte die Chance, sich mit anderen Stakeholdern über bewährte Praktiken und die Umsetzung ganzheitlicher Ansätze gegen verfrühten Schulabbruch bei Jugendlichen auszutauschen. Dabei wurde insbesondere diskutiert, wie man erstens die Kooperation der beteiligten Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen (Schule, Verwaltung, NGOs etc.) verbessern kann, und zweitens, wie sich das Informationsangebot über zweite Bildungschancen ausbauen lässt.

- [Themenportal der EU-Kommission zum vorzeitigen Schulabbruch](#)

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Kennzahlen der Europa 2020-Bildungsziele zeigen Fortschritte in der EU

Die meisten EU-Mitgliedstaaten seien den Europa-2020-Bildungszielen ein Stück näher gekommen, vermeldete die EU-Kommission am 11. April. Es handelt sich dabei zum einen um die Verringerung der Schulabbrecher/innen/quote auf unter 10 Prozent und zum anderen um die Steigerung des Anteils junger Menschen mit Hochschul- oder gleichwertigem Abschluss auf mindestens 40 Prozent. Gegenüber 2011 haben sich beide Indikatoren auf 12,8 Prozent (Schulabbrecher/innen) und 35,8 Prozent (Hochschulabschluss) verbessert. Es bestehen jedoch große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten sowie zwischen den Geschlechtern. So haben 12 Staaten die vorgegebene Schulabbrecherquote bereits erreicht, während sie in Spanien, Malta und Portugal noch über 20 Prozent liegt. Auch die Hochschulabschlüsse befinden sich bereits in 12 Mitgliedstaaten im angestrebten Bereich, in Italien und Rumänien hingegen bewegen sie sich bei etwa der Hälfte (21,7 und 21,8 Prozent). Mädchen erzielen

insgesamt bessere Ergebnisse, die Quote der Mädchen an den Schulabbrecher/innen beispielsweise ist durchschnittlich um 24 Prozent niedriger als die der Jungen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 11. April 2013](#)
- [Pressemitteilung von Eurostat vom 11. April 2013](#)

Kindesunterhalt: EU-Parlament stimmt für Haager Übereinkommen

Am 17. April hat das Europäische Parlament entschieden, dass das so genannte Haager Übereinkommen zu Unterhaltsforderungen in der EU in Kraft tritt. Bisher hatten diejenigen Elternteile, dessen ehemalige Partner aus einem Nicht-EU-Land kamen, kein Recht auf Unterhalt für die gemeinsamen Kinder. Nun wird eine neue europäische Behörde geschaffen, die Unterhaltsforderungen von EU-Bürgern bündelt und sie an Länder außerhalb der EU weiterleitet.

- [Bericht zum Haager Übereinkommen zum Kindesunterhalt in der Datenbank des EU-Parlaments](#)


Kommission will Anerkennung öffentlicher Urkunden in der EU erleichtern

Im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger hat die EU-Kommission am 24. April 2013 eine Verordnung zur Vereinfachung der Annahme bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der EU vorgeschlagen. Diese sieht vor, dass z.B. Personenstandsurkunden oder Urkunden zum Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat nicht mehr beglaubigt werden müssen und so der Verwaltungsaufwand für die Bevölkerung und Unternehmen sinkt. Bislang müssen Bürger/innen, die innerhalb der EU umziehen, Zeit und Geld für den Nachweis der Echtheit von Urkunden aufwenden.

- [Gesetzesentwurf der Kommission vom 24. April 2013](#) 

Strategiebericht der EU-Kommission: EU-Fonds tragen zur Bewältigung der Krise bei

Die EU-Kommission hat am 18. April einen Überblick über den Einsatz der EU-Strukturfonds in den Mitgliedstaaten vorgelegt. In diesem Strategiebericht werden die Fortschritte jedes Landes bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 beschrieben, insbesondere in strategischen Schlüsselbereichen wie Forschung und Innovation, Schienenverkehr, Energie, nachhaltiger Stadtverkehr, Beschäftigung und Berufsbildung. Beispielkennzahlen aus dem Zeitraum 2007-2011 sind: 1,9 Millionen Menschen mehr verfügen nun über einen Breitband-Zugang; 2,6 Millionen Menschen wurden an die Wasserversorgung angeschlossen und 2,4 Millionen Menschen haben mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds eine neue Beschäftigung gefunden. Aus dem Bericht geht jedoch auch hervor, dass in den ersten vier Jahren der Förderperiode lediglich 42 Prozent der Mittel abgerufen wurden.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 18. April 2013](#)
- [„Kohäsionspolitik: Strategiebericht 2013 über die Umsetzung der Programme 2007–2013“](#) 

EU-Spitze will Sparpolitik auf Prüfstand stellen und Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mehrerer Brüsseler Think Tanks kritisierten EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy die andauernde Sparpolitik in Europa. Um eine weitere Polarisierung und Spaltung Europas zu verhindern, müsse umgedacht werden, auch um politischer Radikalisierung und nationalem Populismus vorzubeugen. Die bisher erfolgten Sparmaßnahmen müssten nun auf der sozialen Seite angemessen ausgeglichen werden, um die Arbeitslosigkeit zu senken, die

Wirtschaft in Schwung zu bringen – kurz: um den sozialen Zusammenhalt zu kräftigen. Einseitig zu sparen sei nicht nachhaltig, so Barroso. Van Rompuy ergänzte, es sei wichtig die Reformen möglichst schnell anzugehen – mit Maßnahmen, die sowohl kurz- als auch langfristig wirkten.

Auch Bundesministerin von der Leyen äußerte vor dem Europa-Ausschuss des Bundestages Kritik an der ausschließlichen Konzentration auf Konsolidierungsmaßnahmen. Zentrale Themen für die Bewältigung der Krise seien darüber hinaus auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist auch ein wichtiges Ziel der irischen EU-Ratspräsidentschaft, die Ende März ihre Halbzeitbilanz vorgelegt hat. Die irische Agenda steht unter dem Motto: Stabilität, Jobs und Wachstum. Auf der Internetpräsenz der Ratspräsidentschaft lässt sich nachvollziehen, was in den ersten drei Monaten umgesetzt wurde

- [Rede Barrosos auf dem Brüsseler Think Tank Dialogue am 22. April 2013](#)
- [Rede Van Rompuys auf dem Brüsseler Think Tank Dialogue am 22. April 2013](#)
- [Meldung des Bundestags vom 24. April 2013](#)
- [Halbzeitbilanz der Irischen Ratspräsidentschaft vom 28. März 2013](#)

Europäisches Parlament fordert Bericht zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen

Seit 2004 gibt es in der EU die „Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen“ – ein prominentes Beispiel sind Versicherungen. Bis Ende 2007 waren die Mitgliedstaaten zur Umsetzung verpflichtet. Die Kommission hätte bis Ende 2010 dazu eine Auswertung vorlegen müssen, hat dies aber auf 2014 verschoben. Nun hat das Europäische Parlament die Kommission aufgefordert, den Bericht schnellstmöglich vorzulegen.

- [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. April 2013](#)

Internationaler Tag der Roma – Kommission fordert Maßnahmen zur Integration

Am Internationalen Tag der Roma (8. April) hat die Europäische Kommission weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Lage der Roma in Europa angemahnt. Zwar hätten einige Staaten hier bereits Fortschritte erzielt, aber vor allem in den Bereichen Bildungs- und Arbeitsmarktteilhabe, Wohnen und Gesundheit sei noch viel zu tun. Roma stellen einen wachsenden Anteil vor allem junger Menschen in der EU. In Ländern wie Bulgarien und Rumänien ist jede/r vierte bis fünfte Berufsanfänger/in Rom bzw. Romni. 2012 hatte die Kommission in einem Bericht festgestellt, dass viele EU-Staaten die für Integrationsprojekte zur Verfügung stehenden Gelder nicht in Anspruch nehmen. Nun hat sie in einer interaktiven Landkarte diejenigen Regionen, Städte und Gemeinden vermerkt, die sich für die soziale Integration der Roma einsetzen.

- [Meldung der EU-Kommission vom 15. April 2013 mit Link zur digitalen Landkarte \(englisch\)](#)
- [Nachricht der EU-Kommission vom 8. April 2013 zum Internationalen Tag der Roma](#)

Weitere Nachrichten

Jugendkonferenz im Europäischen Parlament berät über Zukunft Europas

Mehr als 200 Jugendliche aus ganz Europa haben auf Einladung der grünen Europaparlamentsfraktion am 10. April in Brüssel über Themen wie die steigende Jugendarbeitslosigkeit in Europa debattiert. In internationalen Gruppen diskutierten die Jugendlichen soziale, ökologische, demokratische und ökonomische Aspekte der Krise. Erörtert wurden als Lösungsansätze unter anderem die Einführung eines staatenübergreifenden Mindestlohns oder die Direktwahl der EU- Kommission.

- [Dokumentation der Jugendkonferenz aus den Seiten der grünen Europaparlamentsfraktion](#)

AGE Europe und WHO – mit vereinten Kräften für ein gesundes Altern in Europa

Die AGE Plattform Europa startet eine Kampagne, um lokale und regionale Behörden zu ermutigen, sich dem Age-Friendly Environment (Altersfreundliche Umgebung)-Netzwerk der World Health Organization (WHO) anzuschließen. AGE Europe wird innerhalb dieses Netzwerks eine Gruppe der Stakeholder aus der EU moderieren, die sich dafür einsetzen wollen, dass die Lebensräume in Europa den Bedürfnissen aller Altersgruppen angepasst sind.

- [Pressemitteilung von AGE Europe vom 7. April 2013](#)

Ein Jahr Europäische Bürgerinitiative

Am 9. April jährte sich die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative, mit der EU-Bürge/rinnen Einfluss auf die Gesetzgebungsagenda der EU ausüben können (siehe [Europa News 4/2012](#)). Die Zwischenbilanz lautet: 25 vorgeschlagene und 16 angenommene Initiativen, von denen zwei zurückgenommen wurden, so dass zurzeit 14 EBIs aktiv sind. Thematisch werden beispielsweise Medienvielfalt, Tierversuche, Bildung, Klimawandel und Energie, Wahlrechte, Handygebühren, Tempolimits und Mobilität umfasst. „Right2Water“ ist bisher die einzige Initiative die mehr als eine Million Unterschriften gesammelt hat. Sie wendet sich gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung (siehe [Europa News 2/2013](#)).

- [Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss Pressemitteilung vom 9. April 2013](#)
- [Internetportal der EU-Kommission zur EBI](#)

UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes zum Recht auf Gesundheit

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes überwacht die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention durch die Vertragsstaaten. Nun haben die 18 unabhängigen Experten einen Kommentar veröffentlicht, der das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit (Artikel 24) zum Inhalt hat und den betroffenen Staaten als Leitfadend dafür dienen soll, wie sich die Rechte des Kindes auf Gesundheit schützen und umsetzen lassen. Der Ausschuss stellte fest, dass im Bereich Kindergesundheit bereits viel erreicht worden sei, es jedoch nach wie vor große Herausforderungen gebe, z.B. in den Feldern Kindersterblichkeit oder Behinderungen bei Kindern.

- [Internetportal des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes](#)

Berichte und Studien



Europäische Tagung zur Kommissionsempfehlung „Investitionen in Kinder“

Anlässlich der jüngsten EU-Kommissionsempfehlung zur Kinderarmut „Investitionen in Kinder“ (siehe Europa News 2/2013) hatten das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN), UNICEF und Eurochild für den 10. und 11. April nach Dublin eingeladen, um unter der Schirmherrschaft der Irischen Ratspräsidentschaft zu diskutieren, wie man Kinderarmut besser bekämpfen und Kindeswohl fördern kann. Auf den Webseiten von Eurochild sind die Vortragspräsentationen der Referenten dokumentiert.

- [Informationen zur Tagung „Taking action to fight child poverty and to promote child well-being“ \(englisch\)](#)

Bericht der EU-Kommission: Mitgliedstaaten reagieren unzureichend auf Menschenhandel

Zwei Kennzahlen stehen im Zentrum des ersten Berichts der EU-Kommission zum Menschenhandel in Europa: Im Zeitraum 2008-2010 stieg die Zahl der Opfer um 18 Prozent, während die Zahl der verurteilten Menschenhändler um 13 Prozent sank. Trotz dieser beunruhigenden Zahlen hätten bisher erst sechs der 27 Mitgliedstaaten die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels in nationales Recht umgesetzt (obwohl die Frist für die Umsetzung am 6. April 2013 abgelaufen ist). Die EU-Kommission hat zeitgleich mit dem Bericht einen Überblick über die Rechte der Opfer veröffentlicht.

- [Ausführliche Pressemitteilung der EU-Kommission vom 15. April 2013](#)
- [Erster EU-Bericht zum Menschenhandel](#) 
- [Broschüre über die Opferrechte im Bereich Menschenhandel](#) 

EU-Studie: Kinder mit Migrationshintergrund brauchen gezielte Förderung

Einer neuen Studie der Europäischen Kommission zufolge besuchen Schüler/innen aus kürzlich eingewanderten Familien mit höherer Wahrscheinlichkeit Schulen, die über wenig Ressourcen verfügen. Dies führe zu schwachen Leistungen und einem erhöhten Schulabbruchrisiko. Der Abschlussbericht empfiehlt deshalb, Kinder mit Migrationshintergrund mit zielgenauen Maßnahmen zu fördern, beispielsweise durch spezialisierte Lehrkräfte und eine systematische Einbeziehung der Eltern und Communities zur Verbesserung der Integration.

- [Studienabschlussbericht „On educational support for newly arrived migrant children“ \(englisch\)](#) 
- [Pressemitteilung der Kommission vom 11. April 2013](#)

Arbeitsbeziehungen in Europa: Sozialer Dialog unter Druck

Die andauernde Wirtschaftskrise stelle eine ernsthafte Herausforderung für den Dialog zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierungen dar, stellt ein Bericht der EU-Kommission fest. Dabei sei die Einbeziehung der Sozialpartner bei staatlichen Reformen entscheidend, da diese dann in der Regel größere gesellschaftliche Akzeptanz fänden und leichter umsetzbar seien. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass in denjenigen Staaten, in denen der soziale Dialog fest etabliert ist und starke Strukturen für Arbeitsbeziehungen bestehen, im Allgemeinen die wirtschaftliche und soziale Situation stabiler ist.

- [Zum Bericht „Industrial Relations in Europe 2012“ \(englisch\)](#)

Peer Review: Raumpolitik für Kinder und Jugendliche

Die Bekämpfung benachteiligender Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen in „abgehängten“ Stadtteilen ist ein wichtiger Baustein für eine Politik der Chancengerechtigkeit. Die EU-Kommission legt nun ein Peer-Review zu diesem Thema vor, an der Expert/innen aus Norwegen, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland und Rumänien teilnahmen.

- [Peer Review „Gebietspolitik in Städten. Konzepte für bessere Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen“](#) 

Krise setzt europäische Bildungshaushalte unter Druck

Einer Studie der Europäischen Kommission zufolge sind seit 2010 in acht von 25 Mitgliedstaaten die Bildungsinvestitionen gesunken. Einschnitte von mehr als 5 % gab es in Griechenland, Ungarn, Italien, Litauen und Portugal. Untersucht wurden in der Studie die Bildungsausgaben auf allen Ebenen – von der Vorschule bis zur Hochschule. Insbesondere wurde folgenden Themenbereichen Aufmerksamkeit geschenkt: wirtschaftlicher Kontext, nationale Haushalte im Bildungsbereich, Trends bei der Personalausstattung, Bildungsinfrastruktur sowie neueste Trends bei der finanziellen Unterstützung von Schüler/inne/n und Studierenden

- [Bericht „Funding of Education in Europe: The Impact of the Economic Crisis“ \(englisch\)](#) 

„She Figures“: Frauen in der Wissenschaft unterrepräsentiert

Ein Bericht der EU-Kommission zeigt auf, dass es 2010 in der EU mehr weibliche Studierende (55 Prozent) und Absolventinnen (59 Prozent) gab als männliche. Doch bereits bei den Promovierenden und Promovierten geht der Frauenanteil zurück (49 Prozent bzw. 46 Prozent) und schließlich sind nur 33 Prozent der europäischen Forscher/innen, 20 Prozent der ordentlichen Professor/inn/en und 15,5 Prozent der Leiter/innen von Einrichtungen im Hochschulsektor Frauen.

- [„She Figures 2012“ \(englisch\)](#) 

Eurochild-Bericht über den Beitrag von Großeltern zur Familienarbeit

Im Rahmen des Europäischen Jahrs für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen hatte Eurochild 2012 eine Studie über die Beteiligung von Großeltern an der Familienarbeit durchgeführt. Am 24. April 2013 wurden die Ergebnisse der Untersuchung in einer Diskussionsrunde in Brüssel vorgestellt. Der Bericht gibt einen Überblick über familienpolitische Maßnahmen in ganz Europa, in die Großeltern einbezogen sind und stellt zentrale Ansätze vor, großelterliche Unterstützung anzuerkennen und zu stärken.

- [Bericht „Grandparents as carers - Trends and support services in Europe“ \(englisch\)](#)

Eurofound veröffentlicht Dossier zur Generationensolidarität

Anlässlich des Europäischen Tages der Generationensolidarität am 29. April hat Eurofound aktuelle Erkenntnisse zu den Themen Altern, Jugend und Solidarität zwischen den Generationen zusammengestellt. Auf dem Internetportal der Stiftung finden sich Informationen zu sozialpolitischen Maßnahmen für Ältere oder zur Arbeitsmarktteilhabe Jüngerer sowie zu Elternschaft und Berufstätigkeit.

- [Eurofound-Dossier zum Thema Solidarität zwischen den Generationen \(englisch\)](#)

Studien aus dem Frauenausschuss des Europäischen Parlaments

Mitte März hat der Europaparlamentsausschuss „Rechte der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter“ vier Studien zur Situation von Frauen in Unternehmen herausgegeben. Themen sind Frauen in Unternehmensvorständen sowie Regelungen zu Geschlechterquoten in der Wirtschaft. Bisher sind die Dokumente lediglich in englischer Sprache verfügbar. Im April kam ein Workshopbericht hinzu, der das Thema Geschlechtersensible Ansätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit behandelt.

- [Studiendatenbank des Ausschusses](#)

Aktive Vaterschaft in Europa

Moderne Väter möchten mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als in vorangegangenen Generationen. Viele europäische Staaten unterstützen sie darin mit politischen Maßnahmen. Das Informationsblatt „Demographic Insights“ des Forschungsnetzwerks Population Europe gibt einen Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen aktiver Vaterschaft in Europa.

- [Demographic Insights 1/2013: Fathers and Family \(englisch\)](#)

OECD-Bericht für bessere Lernbedingungen

Im Bildungswesen wird zunehmend evaluiert: Schulleistungen, pädagogische Kompetenzen, schulische Infrastruktur etc. Ein neuer OECD Bericht beschäftigt sich mit der Frage, wie die verschiedenen Evaluierungsinstrumente zusammenwirken können, damit Schüler/innen bessere Bedingungen vorfinden und bessere Ergebnisse erzielen können.

- [Zum OECD-Bericht „Synergies for Better Learning“](#)

Ärzte der Welt: Die Krise in Europa macht krank

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Europäer/innen. Das ist das Ergebnis eines Berichts des „Ärzte der Welt“-Netzwerks, der am 9. April in Brüssel vorgestellt wurde. Die Untersuchung belegt unter anderem die Zunahme von seelischen Krankheiten in Zeiten der Krise, vor allem im Osten und Süden Europas. Darin könne man – so Vertreter der Organisation – auch eine Folge der Sparpolitik sehen. Weil sich die Menschen keinen Arztbesuch leisten könnten, zögerten sie Vorsorgeuntersuchungen hinaus, die Spätfolgen kämen das Gesundheitssystem jedoch viel teurer. Der Bericht stellt fest, dass drastische Einsparungen im Gesundheitssystem nicht nur dem Menschenrecht auf Gesundheit widersprechen, sondern auch wirtschaftlich nicht nachhaltig seien.

- [Bericht „Access to healthcare in times of crisis and rising xenophobia“](#) 

Peer Review: Sozialwirtschaft liefert innovative Antworten auf Gegenwartsprobleme

Die Unternehmen der Sozialwirtschaft leisten Beiträge zu drei Kernzielen der Strategie Europa 2020: Beschäftigung und Wachstum, Innovation und Armutsbekämpfung. Am Beispiel von Frankreichs Sozialwirtschaft zeigt dies der nun veröffentlichte Bericht eines Peer Review, das Vertreter/innen von zehn Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und NGOs im Dezember 2012 erarbeiteten.

- [Bericht „Sozialwirtschaft: Fundamente für innovative Antworten auf Gegenwartsprobleme“](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- EU-Kommission: [Konferenz zum Sozialinvestitionspaket](#) (2.-3. Mai 2013, Leuven)
- Irische Ratspräsidentschaft: [Conference on the Future Role of the European Union Structural Funds to Advance Community Living for Older People and People with Disabilities](#) (3. Mai 2013, Galway)
- Viertes Europäisches Demographieforum [Enhancing employment for the next – where investments count](#) (6.-7. Mai 2013, Brüssel)
- Runder Tisch, Eurochild und UNESCO: [Family and Parenting Support](#) (7. Mai 2013, Brüssel)
- Cities for Children Konferenz [„Healthy nutrition and physical activity for children and adolescents in the City“](#) (13.-14. Mai 2013, Stuttgart)
- Abschlusskonferenz Projekts [Healthy Children in Healthy Families](#) (14. Mai 2013, Brüssel)
- COFACE Buchpräsentation [No time for children](#) (15. Mai 2013, Brüssel)
- Europäisches Parlament: [Balancing Family Life and Work. Exploring the possibilities of a European family-friendly label](#) (15. Mai 2013, Brüssel)
- COFACE: [Europäische Konferenz zu Internetmobbing](#) (28. Mai 2013, Madrid)
- Public Policy Exchange: [Raising Awareness of the Social Dimension of EU Citizenship](#) (29. Mai 2013, Brüssel)
- Public Policy Exchange: [Young People and Mental Health](#) (30. Mai 2013, Brüssel)
- 4. Europäischen Fachkongress für Familienforschung: [Zukunft der Familie – Anforderungen an Familienpolitik und Familienwissenschaft](#) (6.-8. Juni 2013, Bamberg)
- [Commission and EESC event on Social Entrepreneurship and Social Economy](#) (11. Juni 2013, Dublin)
- European Social Network: [Transforming Lives! Reshaping services for a changing society](#) (17.-19. Juni 2013, Dublin)
- 60. ICCFR Jahreskonferenz: [Surviving the crisis. Putting the couple relationship at the heart of an early intervention agenda for families](#) (20.-23. Juni 2013, London)
- Konferenz (Eurofound u.a.) [Work, Wellbeing and Wealth: Active ageing at work](#) (26.-28. August 2013, Helsinki)
- Zweite Internationale [WHO-Konferenz altersfreundlicher Städte](#) (9.-11. September 2013, Québec)
- Eurochild Jahreskonferenz 2013 [„Promoting well-being in an inclusive Europe through children’s participation“](#) (13.-15. November 2013, Mailand)
- EU-Kommission, EWSA: [„Social Entrepreneurship and Social Economy“](#) (16. Januar 2014, Straßburg)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).